

Während ein Magazin über Gazale Salame berichtet, kämpft ihr Mann weiter mit den Behörden

Die Akte Salame/Siala ist noch lange nicht geschlossen

Von Lothar Veit

Dingelbe/Izmir. Die Zeitschrift „Neon“ berichtet in ihrer aktuellen Ausgabe unter dem Titel „Die Verbannten“ über Gazale Salame. Sie wird als eine von drei Beispielfällen genannt, in denen geduldete Ausländer in ein ihnen fremdes Land abgeschoben wurden. Das mehrfach preisgekrönte Magazin „Neon“ (verkaufte Auflage: 232.530) ist ein Ableger des „Stern“ für junge Erwachsene und eine der erfolgreichsten Zeitschriftenneugründungen der vergangenen Jahre.

In dem Text schildert der Autor aus Sicht von Gazale Salame ihre Abschiebung im Februar 2005 und die Bedingungen, unter denen sie heute lebt. Ein ganzseitiges Foto zeigt die jüngsten Kinder Schams und Ghazi. Mit Ghazi war die damals 24-Jährige gerade schwanger, als sie abgeschoben wurde. Die Ähnlichkeit mit den beiden älteren Töchtern Nura und Amina, die bei ihrem Vater Ahmed Siala in Dingelbe wohnen, ist nicht zu übersehen. „Seit vier Jahren bin ich in Izmir“, berichtet Salame. „Die Wohnung ist ganz anders als die in Deutschland. Es gibt kein warmes Wasser, keine Heizung, keine Waschmaschine. In Deutschland lassen einen die Menschen in Ruhe, man ist frei. Auch eine Frau, die allein ist, wird akzeptiert. Hier reden sie über mich. Ich trage ein Kopftuch, das habe ich früher nicht gemacht.“

Sie sei schlapp und krank, finde keine Arbeit und müsse sich außerdem um die Kinder kümmern. „Ich will sie nicht bei Fremden lassen, ich vertraue hier niemandem. Meine Töchter in Hildesheim wachsen deutsch auf, mit meinen Kindern hier in Izmir spreche ich arabisch. Meine Tochter ist sechs, mein Sohn vier. Miteinander reden sie türkisch. Ab und zu sprechen wir auch deutsch, aber das bricht uns jedes Mal das Herz. Wir wissen nicht, was aus unserer Familie wird.“

Gazale Salame spricht auch über die Beziehung zu ihrem Mann, die mit der Zeit gelitten hat: „Im ersten Jahr haben mein Mann und ich fast jeden Tag telefoniert. Aber dann sind wir beide krank geworden, haben die Geduld verloren, sehr viel gestritten. Irgendwie haben wir aufgegeben. Er schickt mir Geld. Aber ich weiß nicht, ob er noch als Schlachter arbeitet wie früher. Auch Freunde aus Deutschland schicken mir Geld. Wir haben noch viele Freunde, sie sammeln Unterschriften und gehen zu Demonstrationen.“

„Wir sind krank geworden, haben die Geduld verloren und streiten sehr viel“

Ahmed Siala wusste von dem Artikel nichts, auch, dass ein Fotograf in Izmir war, hat ihm seine Frau nicht erzählt. Dabei haben sie erst am Mittwoch telefoniert – und gestritten. „Wie immer in den letzten Monaten“, sagt Siala. Die Ehe steht auf der Kippe. Gazale Salame will, dass er den Kampf gegen die deutschen Behörden endlich aufgibt, sie will ihre Töchter wiedersehen. Auch



Ahmed Siala liest den neuesten Artikel über seine Frau. Seinen Sohn Ghazi kennt er nur von Fotos.

Foto: Veit

die Schwiegereltern sind inzwischen nicht mehr besonders gut auf Siala zu sprechen. Salames Vater ist zu seiner Tochter gezogen. Obwohl der Vorwurf der Täuschung über die Identität der Libanonflüchtlinge eigentlich den Eltern galt, durften diese in Deutschland bleiben, „weil sie andere Sachbearbeiter hatten“, wird Salame zitiert. Der Landkreis Northeim hatte das Verfahren gegen sie ruhen lassen.

Unter anderem deshalb will Siala nicht aufgeben. Verwandte von ihm leben in anderen Landkreisen oder Bundesländern und hätten dort inzwischen Aufenthaltstitel bekommen, sagt er. Aber in einen anderen Landkreis umziehen darf er nicht. Und seit drei, vier Monaten ist er auch wieder arbeitslos. Er, der dem Staat nie auf der Tasche liegen wollte, bezieht nun doch wieder Arbeitslosenhilfe. In den letzten drei Schlachterbetrieben, in denen er gearbeitet hat, sei irgendwann die Gewerbeaufsicht aufgekreuzt und habe den Laden gefilzt. Einen Mitarbeiter, der die Behörden auf den Plan ruft, will kein Chef lange haben. Ahmed Siala hat deshalb keine Idee mehr, wo er arbeiten könnte, „ich will nicht noch mehr Leuten schaden“.

Die Kontrollen führt er auf die „Aggressivität“ der Ausländerbehörde des Landkreises zurück. An Zufälle glaubt er nicht. Zwar hätte er auch noch andere Ideen, wie er seinen Lebensunterhalt und den seiner Töchter bestreiten könnte, aber eine selbständige Tätigkeit ist ihm nicht erlaubt. Er hat schon viele Möglichkeiten in Gedanken durchgespielt. Eine deutsche Frau heiraten? Dann wären viele seiner Probleme gelöst. „Aber das kann ich meiner Frau und den Kindern nicht antun“, sagt er. „Man kann doch nicht das Falsche tun, um das Richtige zu erreichen.“

Es ist verständlich, dass Gazale Salame ihre Töchter wiedersehen will. Aber ist es nicht auch verständlich, dass ihr Vater ihnen eine gute Schulbildung ermöglichen will?

„Nura und Amina haben gute Noten, Bildung ist doch das Wichtigste“, sagt Siala. „Ich will, dass sie in einem freien Land aufwachsen, in dem sie tun können, was sie wollen, heiraten können, wen sie wollen, kein Kopftuch tragen müssen.“ In der Türkei dagegen sei es mit den Menschenrechten noch nicht weit her, seine Frau erlebt es ja gerade. „Die Partei von Innenminister Schünemann hält die Türkei nicht für EU-tauglich – und mich wollen sie dahin abschieben?“

Wann über sein Aufenthaltsrecht entschieden wird – das Bundesverwaltungsgericht hatte den Fall Anfang dieses Jahres zurück an das Oberverwaltungsgericht Lüneburg verwiesen – ist völlig offen. Zurzeit bemühen sich langjährige Unterstützer wie die Landtagsabgeordnete Jutta Rübke weiter um eine politische Lösung. Doch Siala macht es ihnen nicht immer leicht. Im Oktober ist er mit einem Kumpel von der Polizei angehalten worden. Sie hatten einen Wagen beschädigt und Fahrerflucht begangen. Am Steuer saß der Freund. Doch weil der Wagen geliehen war und der Freund auch sonst gerade eine Menge Ärger hatte, wollte Siala ihn schützen und behauptete, er sei gefahren. Erst in der Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Hannover klärte Siala die Sache auf. „Kann ja sein, dass man das unter Kumpels so macht“, ärgert sich Rübke, „aber doch nicht, wenn man so unter Beobachtung steht wie Ahmed“.

Wegen Strafvereitelung wurde Siala eine Geldstrafe von 900 Euro aufgebremmt. Der Fahrer kam trotz höheren Einkommens mit einer geringeren Strafe davon. „Dass empfinde ich als ungerecht“, sagt Jutta Rübke. Ahmed Siala auch, er will deshalb gegen den Strafbefehl an gehen. Doch diese Angelegenheit blockiert einmal mehr eine außergerichtliche Einigung. Denn eigentlich wollten Ahmed Siala und seine Unterstützer erreichen, dass sein Fall in der Härtefallkommission des Landes verhandelt wird. Bei ent-

sprechend positiven Signalen würde er seine Klage gegen den Entzug der Aufenthaltsgenehmigung zurückziehen. Doch so lange die Fahrerfluchtgeschichte läuft, wird sich die Kommission des Falles womöglich nicht annehmen.

„Man kann doch nicht das Falsche tun, um das Richtige zu erreichen“

Überhaupt, die Kommission: Sie ist bereits mehrfach in die Kritik geraten, weil immer wieder Mitglieder aus den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden mit Rücktritt gedroht hatten. Ihrer Ansicht nach werden die Härtefallregelungen in Niedersachsen zu restriktiv gehandhabt. Laut einer Bundestags-Drucksache vom Februar 2009 halten sich von insgesamt 4.567 in Deutschland lebenden Personen mit einer Anerkennung als Härtefall nur 34 (0,7 Prozent) in Niedersachsen auf. Damit steht Niedersachsen ganz unten im bundesweiten Vergleich, im ebenfalls CDU-regierten Baden-Württemberg sind es 22 Prozent.

Die Akte Salame/Siala ist somit noch lange nicht geschlossen. Der Artikel in „Neon“ ist übrigens von den meisten Lesern im Online-Forum der Zeitschrift kritisch aufgenommen worden. Betroffenheit zu wecken und auf Ämter zu schimpfen sei zu einfach, ist dort vielfach zu lesen. Die Begründung „hatte einen anderen Sachbearbeiter“, so schreibt etwa ein Leser mit dem Pseudonym Blizzard1985, „scheint mir doch ein bisschen sehr weit hergeholt“. Gazale Salame und Ahmed Siala sehen das anders. Und Jutta Rübke auch. Sie wird an ihrem Engagement festhalten, und zwar aus einem entscheidenden Grund: „Ich habe mir nicht vorstellen können, dass in diesem Land eine schwangere Frau abgeschoben wird. Das darf es nicht geben.“